Klausurenkurs für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in Rheinland-Pfalz

Klausur vom 23.05.2025 (ÖR)

Allgemeine Hinweise:

- Sie erreichen den höchsten Übungseffekt, wenn Sie die Klausuren **möglichst unter Examensbedingungen** schreiben! Halten Sie sich also im eigenen Interesse an die Bearbeitungszeit von 5 Stunden und verwenden Sie nur die in Ihrem Examenstermin zulässigen Hilfsmittel. Die Klausur ist zum angegebenen Bearbeitungszeitpunkt mit den aktuellen Gesetzen zu bearbeiten.
- **Beachten Sie bitte: Eine Korrektur Ihrer Klausur ist nur möglich, wenn**
 - Ihre **Bearbeitung binnen elf Tagen** ab Freischaltung beim zuständigen Landgericht eingeht (Ausschlussfrist)
 - Ihre (handschriftliche) Klausur gut lesbar ist
 - Sie der Klausur einen **adressierten und (ausreichend) frankierten Rückumschlag** beigefügt haben
 - Ihre Klausur – computer- oder handgeschrieben – über einen **Korrekturrand** von 1/3 der Seite verfügt.
- Es wird keine Besprechung der Klausur angeboten!
- Soweit die Klausur in einem anderen Bundesland spielt, setzt die Bearbeitung keine spezifischen landesrechtlichen Kenntnisse voraus. Soweit Rechtsnormen eines anderen Bundeslandes relevant werden, sind diese am Ende des Sachverhaltes abgedruckt.
- Eine ggfs. erforderliche elektronische Einreichung von Dokumenten ist bei der Bearbeitung außer Betracht zu lassen.

Helga Schwed

Rechtsanwältin
Fachanwältin für Verwaltungsrecht

RA'in Schwed, Salzstr. 6, 67346 Speyer

An das
Verwaltungsgericht
Robert-Stolz-Str. 20
67433 Neustadt an der Weinstraße

Salzstr. 6
67346 Speyer

Tel : 06232 / 3336221
Fax : 06232 / 3336222

Bankverbindung:
Dresdner Bank Speyer
BLZ: 67080050
Konto: 301304300

Verwaltungsgericht
Neustadt/Weinstr.

Eingang: 10.07.2008

Mein Zeichen:
HS270602/08

Speyer, den 09.07.2008

K l a g e

des Herrn Horst Fuchs, Salierstr. 15, 67346 Speyer,

- Kläger -

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin Helga Schwed, Salzstr. 6, 67346 Speyer

gegen

die Stadt Speyer, vertreten durch den Oberbürgermeister, Maximilianstr. 100,
67346 Speyer

- Beklagte -

Namens und gemäß im Original anliegender Vollmacht des Klägers erhebe ich Klage
und werde beantragen,

den Bescheid der Beklagten vom 03. März 2008 und den Widerspruchsbescheid des Stadtrechtsausschusses der Stadt Speyer vom 5. Juni 2008 aufzuheben.

Begründung:

Mit Bescheid vom 3. März 2008 hat die Beklagte den Kläger aufgefordert, die Kosten für die Bestattung seiner Schwester Liane Fuchs in Höhe von € 1.982,03 zu erstatten. Den Bescheid vom 3. März 2008 füge ich als

Anlage K 1

anbei.

Die Inanspruchnahme mit Bescheid vom 3. März 2008 ist rechtswidrig, weshalb der Kläger am 28. März 2008 Widerspruch erhoben hat.

Völlig unerwartet hat der Stadtrechtsausschuss der Stadt Speyer die Rechtswidrigkeit des Bescheides vom 3. März 2008 nicht erkannt und deshalb den Widerspruch des Klägers aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 5. Juni 2008 zurückgewiesen. Der Widerspruchsbescheid vom 5. Juni 2008, welcher der Unterzeichnerin am 6. Juni 2008 zugegangen ist, liegt an als

Anlage K 2.

Der Bescheid der Beklagten vom 3. März 2008 und der Widerspruchsbescheid des Stadtrechtsausschusses vom 5. Juni 2008 sind rechtswidrig.

Sowohl der Ausgangsbescheid als auch der Widerspruchsbescheid stützen sich mit § 6 Abs. 1 und 2, § 4 POG i.V.m. § 9 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 Bestattungsgesetz (BestG) auf die unmittelbare Ausführung als Rechtsgrundlage.

Zunächst ist vorzubringen, dass die herangezogene gesetzliche Bestimmung des § 6 POG vorliegend nicht einschlägig ist.

Zudem ist der Kläger nicht Verantwortlicher im Sinne § 9 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 BestG. § 9 BestG ist nämlich verfassungswidrig. Insbesondere trifft die in § 9 Abs. 1 BestG geregelte Bestattungspflicht den Kläger unverhältnismäßig und schränkt ihn deshalb in unzulässiger Weise in seiner aus Art. 2 Abs. 1 GG gewährten allgemeinen Handlungsfreiheit ein. Dies deshalb, weil § 9 BestG keine Ausnahme von der Bestattungspflicht in Fällen grober Unbilligkeit vorsieht. So muss z.B. eine Tochter auch dann für die Bestattung ihres Vaters Sorge tragen, wenn sie von diesem sexuell missbraucht worden ist. Die §§ 1579, 1611 BGB sprechen diesbezüglich eine andere Sprache.

Die Inanspruchnahme des Klägers ist grob unbillig, weil es an hinreichenden familiären Bindungen fehlt. Zwischen dem Kläger und seiner Schwester bestand schon seit der Kindheit kein gutes Verhältnis. Noch bevor die Schwester das 16. Lebensjahr vollendet hatte, verließ der Kläger 1983 im Alter von 18 Jahren das gemeinsame Elternhaus. Persönliche Kontakte zu seiner Schwester wurden von dem Kläger seitdem nicht mehr gepflegt. Lediglich wenn die Eltern zu Feiertagen die Kinder einluden, kam es noch zu Begegnungen zwischen dem Kläger und seiner Schwester. Bei diesen Begegnungen wurde der Kläger von seiner Schwester stets drangsaliert und bevormundet. Sie mischte sich in seine privaten Belange ein und beurteilte, wofür er Geld auszugeben hatte und wofür nicht. Als der Kläger sich scheiden ließ, bezeichnete seine Schwester ihn als "schwarzes Schaf" der Familie. Sein Verhalten sei für sie unerträglich. Der Kläger durchlitt die Begegnungen mit seiner Schwester aus Liebe zu seinen Eltern, denen an einer „heilen Familienwelt“ sehr viel gelegen war. Nach dem Tod seiner Eltern, die Mutter verstarb zuletzt 1998, hatte der Kläger dann überhaupt keinen Kontakt mehr zu seiner Schwester.

Mit seinem Geld für eine würdige Bestattung seiner Schwester Sorge zu tragen, verletzt aber auch die moralischen Wertvorstellungen des Klägers. Die Schwester unterhielt jahrelang eine sexuelle Beziehung zu einem verheirateten Mann, der die Beziehung vor seiner Ehefrau verheimlichte. Für die während der ganzen Zeit der Beziehung betrogene Ehefrau empfindet der Kläger noch heute tiefes Mitgefühl, auch der Kläger wurde von seiner früheren Ehefrau jahrelang betrogen. Von ihrem Liebhaber hat sich die Schwester des Klägers aushalten lassen; ihr tagtägliches Leben, ihr Auto, Urlaubsreisen usw. – alles hat er ihr bezahlt. Sogar die Miete für die

Wohnung, in der die Schwester des Klägers bis zuletzt wohnte und die den beiden häufig als geheimes Liebesnest diente, bezahlte der Liebhaber. Mag der Liebhaber doch jetzt auch noch für die Bestattungskosten aufkommen. Die jahrelange Liaison war schließlich nichts anderes als eine nichteheliche Lebensgemeinschaft. Nach der Rechtsprechung des OVG Koblenz zählen Partner in einer Lebenspartnerschaft und Lebensgefährten in einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft zu den sonstigen Sorgeberechtigten im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 BestG und sind somit vorrangig vor den Geschwistern bestattungspflichtig.

Ferner hat der Kläger die Erbschaft nach seiner Schwester gem. den §§ 1942 ff. BGB ordnungsgemäß am 25.01.2008 ausgeschlagen, sodass er also nach § 1968 BGB nicht für die Beerdigungskosten einzustehen hat. Da es sich bei dem Bürgerlichen Gesetzbuch um ein Bundesgesetz handelt, kann § 9 BestG als bloßes Landesgesetz keine abweichende Rechtsfolge anordnen. Dies widerspräche auch dem Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung.

Wenn man trotz allem von einer Bestattungspflicht des Klägers ausgeht, so muss aus den genannten Gründen – fehlende familiäre Bindungen, Lebenswandel der Schwester – wenigstens eine Billigkeitskorrektur auf der Ermessensebene erfolgen, und zwar analog den §§ 1579, 1611 BGB.

Die Klage ist nach alledem offensichtlich begründet.

Helga Schwed

Rechtsanwältin

Hinweis: Vom Abdruck der ordnungsgemäßen Originalvollmacht wird abgesehen.

Anlage K 1

KREISFREIE STADT
SPEYER

STADT SPEYER, ORDUNGSAMT, MAXIMILIANSTR 12, 67346 SPEYER

POSTZUSTELLUNGSURKUNDE

Herrn
Horst Fuchs
Salierstr. 15
67346 Speyer

ORDUNGSAMT
ALTES RATHAUS
MAXIMILIANSTR. 12
67346 SPEYER
HERR MEIER
TEL (06232) 36 32 21-0
FAX (06232) 36 32 21-01

AZ: B/FU/12345

SPEYER, 03.03.2008

B E S C H E I D

über die Rückforderung der Bestattungskosten
für Ihre Schwester Liane FUCHS

hiermit werden Sie aufgefordert, die der Stadt Speyer entstandenen Kosten für die am 1. Februar 2008 vorgenommene Bestattung Ihrer Schwester Liane FUCHS in Höhe von

Kosten des Bestatters (inkl. Einäscherung etc.)	1.543,03 €
Gebührenbescheid über Friedhofskosten	439,00 €
Gesamt	1.982,03 €

zu erstatten.

Der Betrag ist bis zum 18.04.2008 auf das Konto der Stadtkasse Speyer (Kto.-Nr. 120000 bei der Kreis- und Stadtparkasse Speyer – BLZ 54750010) zu überweisen.

Gründe:

Ihre Schwester ist am 24.01.2008 in Speyer verstorben. Nach § 8 Abs. 2 BestG muss jede Leiche bestattet werden. Gem. § 9 Abs. 1 Satz 2 Bestattungsgesetz (BestG)

haben die Angehörigen für die Bestattung zu sorgen, wenn – wie im vorliegenden Fall – ein Erbe nicht rechtzeitig ermittelt werden kann.

Meine Ermittlungen haben ergeben, dass unmittelbar vor dem Tode Ihrer kinderlosen Schwester weder ein Ehegatte noch eine Partnerin einer eingetragenen Lebensgemeinschaft noch ein Partner einer auf Dauer angelegten nichtehelichen Lebensgemeinschaft existierten; weiterhin waren beide Elternteile verstorben. In einem solchen Fall bestimmt das Bestattungsgesetz als Bestattungspflichtige die Geschwister.

Neben Ihnen hatte Ihre Schwester keine weiteren Geschwister. Demnach waren Sie verpflichtet, sich um die Bestattung zu kümmern.

Am 25.01.2008 konnten Sie telefonisch erreicht und über Ihre Verpflichtung informiert werden. Sie gaben an, zunächst mit Ihrer Rechtsanwältin sprechen zu wollen und deshalb die Bestattung noch nicht veranlassen zu können.

Da Sie sich bis zum 31.01.2008 nicht wie versprochen gemeldet hatten, wurden Sie erneut telefonisch kontaktiert. In diesem Gespräch erklärten Sie, dass Sie definitiv nicht die Bestattung Ihrer Schwester veranlassen würden. Daraufhin wurden Ihnen die Folgen Ihrer Weigerung – Veranlassung der Bestattung unsererseits auf Ihre Kosten – erläutert.

Da Sie die Bestattung nicht veranlassten, wurde dies gem. § 6 POG von hier auf Ihre Kosten übernommen.

Vor dem Erlass dieses Forderungsbescheides wurde Ihnen mit Schreiben vom 15.02.2008 die Möglichkeit gegeben, sich zur Sache zu äußern. Diese Möglichkeit nahmen Sie durch die Rechtsanwältin Helga Schwed wahr und ließen mitteilen, dass Sie die Erbschaft nach Ihrer Schwester ausgeschlagen hätten und dadurch Ihre Pflicht zur Übernahme der Bestattungskosten entfielen. Ferner hätten keine hinreichenden familiären Bindungen zwischen Ihnen und Ihrer Schwester bestanden. Als vorrangig Verpflichteten ließen Sie zudem einen verheirateten Mann als angeblichen jahrelangen Liebhaber Ihrer Schwester benennen.

Mangels einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft schied der angebliche Liebhaber Ihrer Schwester als vorrangig Verpflichteter nach § 9 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 BestG aus. Im Übrigen stellt das Bestattungsgesetz lediglich auf das Verwandtschafts- bzw. Partnerschaftsverhältnis, nicht jedoch auf familiäre Bindungen oder etwa moralische Verpflichtungen ab. Die zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen dem Verstorbenen und dem nach dem Bestattungsgesetz Verpflichteten spielen daher keine Rolle.

Als Verpflichteter nach dem BestG haben Sie daher die Bestattungskosten zu ersetzen.

Dadurch, dass Sie Ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen sind, die Bestattung Ihrer Schwester zu veranlassen, musste die hiesige Stadtverwaltung diese Aufgabe wahrnehmen und fordert die entstandenen Kosten hiermit bei Ihnen ein.

Die Kostentragungspflicht ist Ihnen auch zumutbar. Die bloße fehlende familiäre Bindung an sich ist kein Grund, der der Geltendmachung der Bestattungskosten gegenüber den Pflichtigen im Sinne des § 9 BestG entgegensteht.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Stadtverwaltung der Stadt Speyer, Ordnungsamt, Altes Rathaus, Maximilianstr. 12, 67346 Speyer, schriftlich oder zur Niederschrift zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Meier

Meier

Stadtamtmann

Anlage K 2

STADT SPEYER, STADTRECHTSAUSSCHUSS, MAXIMILIANSTR. 100,
67346 SPEYER

**KREISFREIE STADT
SPEYER**

STADTRECHTSAUSSCHUSS
MAXIMILIANSTR. 100
67346 SPEYER

AZ: 14 SRA 65/08

SPEYER, 05.06.2008

- Stadtrechtsausschuss -
W I D E R S P R U C H S B E S C H E I D

Auf den Widerspruch

des Herrn Horst Fuchs, Salierstr. 15, 67346 Speyer

- Widerspruchsführer -

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwältin Helga Schwed, Salzstr. 6, 67346 Speyer

g e g e n

die Stadt Speyer, vertreten durch den Oberbürgermeister, Maximilianstr. 100, 67346 Speyer

- Widerspruchsgegnerin -

w e g e n Rückforderung der Bestattungskosten für Frau Liane Fuchs

hat der Stadtrechtsausschuss der Stadt Speyer aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 05. Juni 2008 durch Frau Stadtoberverwaltungsrätin Huber als Vorsitzende, Frau Schulz als Beisitzerin und Herrn Müller als Beisitzer wie folgt entschieden:

- 1. Der Widerspruch wird zurückgewiesen.**
- 2. Die Kosten des Verfahrens trägt der Widerspruchsführer.**

Gründe:

Hinweis: Vom Abdruck der formal ordnungsgemäßen Begründung des Widerspruchsbescheides wird abgesehen. Es ist davon auszugehen, dass die Begründung tatsächlich und rechtlich die Argumentation des Ausgangsbescheides vom 3. März 2008 aufgreift und vertieft.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen den Bescheid der Widerspruchsgegnerin vom 3. März 2008 steht dem Widerspruchsführer nunmehr die Klage zu. Diese ist innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Bescheides beim Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße, Robert-Stolz-Str. 20, 67433 Neustadt, E-Mail-Adresse: poststelle@vgnw.jm.rlp.de schriftlich, in elektronischer Form oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts zu erheben.

Huber

(Huber)

Stadtoberverwaltungsrätin

Hinweis: Dieser Bescheid wurde am 5. Juni 2008 zur Post gegeben. Er ist RA'in Schwed am 6. Juni 2008 mittels Einschreiben durch Übergabe zugegangen.

STADT SPEYER, ORDNUNGSAMT, MAXIMILIANSTR 12, 67346 SPEYER

**An das
Verwaltungsgericht
Neustadt an der Weinstraße
Robert-Stolz-Str. 20
67433 Neustadt an der Weinstraße**

Verwaltungsgericht
Neustadt/Weinstr.

Eingang: 19.08.2008

**KREISFREIE STADT
SPEYER**

**ORDNUNGSAMT
ALTES RATHAUS
MAXIMILIANSTR. 12
67346 SPEYER
HERR MEIER
TEL (06232) 36 32 21-0
FAX (06232) 36 32 21-01**

SPEYER, 18.08.2008

In dem Verwaltungsrechtsstreit

**Horst Fuchs
RA'in Schwed**

gegen

Stadt Speyer

- 1 K 50/08.NW -

soll beantragt werden,

die Klage abzuweisen.

Zur Begründung des vorstehend angekündigten Antrags wird zur Vermeidung von Wiederholungen zunächst Bezug genommen auf meinen Bescheid vom 3. März 2008 sowie auf den Widerspruchsbescheid des Stadtrechtsausschusses Speyer vom 5. Juni 2008.

Ergänzend ist Folgendes auszuführen:

1. Die Klage ist bereits unzulässig. Der Widerspruchsbescheid vom 5. Juni 2008, der noch am selben Tage zur Post aufgegeben wurde, wurde der Prozessbevollmächtigten des Klägers mittels Einschreiben durch Übergabe zugestellt. Mithin gilt der 8. Juni 2008 als Zeitpunkt der Zustellung. Die Klage ist jedoch erst am 10. Juli 2008 beim Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße eingegangen.

2. Zu Recht sehen sowohl der Bescheid vom 3. März 2008 als auch der Widerspruchsbescheid des Stadtrechtsausschusses der Stadt Speyer vom 5. Juni 2008 in § 6 POG i.V.m. §§ 8, 9 BestG die richtige Rechtsgrundlage.
3. Die von § 9 Abs. 1 Satz 2 BestG statuierte ausnahmslose Bestattungspflicht verstößt nicht gegen das Grundgesetz.

Die Beklagte ist die örtliche Ordnungsbehörde. Sie ist dafür verantwortlich, dass Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung effektiv in der zur Verfügung stehenden Zeit abgewehrt werden. Deshalb müssen allein objektive Maßstäbe zur Ermittlung des Bestattungspflichtigen ausreichen.

Die in den §§ 1579, 1611 BGB getroffenen Wertungen sind dem Gefahrenabwehrrecht fremd. Auch ist die Pflicht zur Übernahme der Bestattungskosten nur einmaliger Natur.

Der Kläger kann sich aber auch deshalb nicht auf einen Verstoß gegen Art. 2 Abs. 1 GG berufen, weil § 9 Abs. 1 Satz 2 BestG lediglich die ohnehin gewohnheitsrechtlich anerkannte Pflicht zur Totenfürsorge normiert.

Im Übrigen ist zu berücksichtigen, dass der Bestattungspflichtige nicht automatisch mit den Kosten der Bestattung belastet bleibt. Auf Vorschriften wie § 1968 BGB wird verwiesen. Auch nach dem SGB XII besteht gegen den Träger der Sozialhilfe ein Anspruch auf Erstattung der Bestattungskosten, sofern diese dem Verpflichteten nicht zugemutet werden können. Dies gilt unabhängig davon, ob Bedürftigkeit im Sinne des Sozialhilferechts besteht.

4. Schließlich bedarf es im vorliegenden Fall auch keiner Billigkeitskorrektur auf der Ermessensebene analog den §§ 1579, 1611 BGB.

Im Auftrag

Meier

Meier

Stadtamtmann

Neustadt, den 13.10.2008

Az. 1 K 50/08.NW

**Niederschrift
über die Sitzung der 1. Kammer**

Gegenwärtig:
Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Groß
Richter am Verwaltungsgericht Kramer
Richterin am Verwaltungsgericht Wick
sowie die ehrenamtlichen Richter
Herr Kohlenberg und Frau Borg

Das Protokoll wurde während der Sitzung vorläufig auf einen Tonträger aufgezeichnet und nach der Sitzung niedergeschrieben.

Beginn der Verhandlung: 11.00 Uhr
Ende der Verhandlung: 11.31 Uhr

In dem Verwaltungsrechtsstreit

des Herrn Horst Fuchs, Salierstr. 15, 67346 Speyer

- Kläger -

**Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin Helga Schwed, Salzstr. 6, 67346
Speyer**

gegen

**die Stadt Speyer, vertreten durch den Oberbürgermeister, Maximilianstr. 100,
67346 Speyer**

- Beklagte -

Es erschienen bei Aufruf:

- a) für den Kläger: Frau Rechtsanwältin Schwed
- b) für die Beklagte: Herr Stadtverwaltungsrat Pfeifer

Der Vorsitzende trägt den Sachbericht vor. Die Gerichtsakten sowie die beigezogenen Verwaltungsunterlagen der Beklagten werden zum Gegenstand der mündlichen Verhandlung gemacht.

Das Gericht erörtert mit den Beteiligten die Sach- und Rechtslage.

Der Kläger beantragt,

den Bescheid der Beklagten vom 03. März 2008 und den Widerspruchsbescheid des Stadtrechtsausschusses der Stadt Speyer vom 05. Juni 2008 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Die Beteiligten erhalten Gelegenheit, ihre Anträge ergänzend zu begründen. Hierzu verweisen sie zunächst auf ihren schriftlichen Sachvortrag.

Ergänzend führt die Klägervorteilerin aus, dass es aus Effektivitätsgründen nicht sein könne, dass die Korrektur einer unbilligen Entscheidung erst in einem gesonderten Verwaltungsverfahren durch den Träger der Sozialhilfe erfolge.

b.u.v.

Termin zur Verkündung einer Entscheidung wird bestimmt auf **Mittwoch, den 22.10.2008**, 10 Uhr, Saal 107.

Die mündliche Verhandlung und die Sitzung werden um 11.31 Uhr geschlossen.

Groß
(Vors. Richter VG)

Für die Richtigkeit der
Übertragung vom Tonband
Seiler
(Justizangestellte)

Bearbeitungshinweise:

1. Die Entscheidung der 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Neustadt an der Weinstraße ist zu entwerfen. Wenn die Entscheidung eine Rechtsmittelbelehrung enthalten muss, genügt die Bezeichnung des Rechtsmittels und die Benennung seiner gesetzlichen Grundlagen.
2. Bearbeitungszeitpunkt ist der **13.10.2008**.
3. Es ist auf alle aufgeworfenen Rechtsfragen - ggf. in einem Hilfsgutachten - einzugehen.
4. Die Formalien (Zustellungen, Ladungen, Belehrungen, Vollmachten, Unterschriften) sind, soweit sich aus dem Sachverhalt nicht ausdrücklich etwas anderes ergibt, in Ordnung.
5. Es ist davon auszugehen, dass die tatsächlichen Angaben im Aktenstück zutreffend sind, soweit sich nicht aus diesem etwas anderes ergibt.
6. Es ist davon auszugehen, dass nach dem SGB XII ein Anspruch auf Erstattung der Beerdigungskosten besteht, sofern diese dem Verpflichteten nicht zugemutet werden können. Für diesen Anspruch ist nicht Voraussetzung, dass der Anspruchsteller bedürftig im Sinne des SGB XII, also sozialhilfeberechtigt ist.
7. Die Höhe der von der Beklagten geltend gemachten Bestattungskosten ist nicht zu beanstanden.
8. Die kreisfreie Stadt Speyer liegt im Bezirk des Verwaltungsgerichts Neustadt an der Weinstraße.
9. Wird eine ergänzende Sachverhaltsaufklärung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben ist.
10. Wird die Entscheidung auf einen Gesichtspunkt gestützt, den ein Beteiligter erkennbar übersehen oder für unerheblich gehalten hat, so ist zu unterstellen, dass er Gelegenheit zur Äußerung hatte, hiervon aber keinen Gebrauch gemacht hat.
11. Eine ggfs. erforderliche elektronische Einreichung von Dokumenten ist bei der Bearbeitung außer Betracht zu lassen.
12. Bei der Bearbeitung sind die Rechtslage auf dem Stand der zugelassenen Hilfsmittel und die in der Anlage abgedruckte Fassung des Bestattungsgesetzes (BestG) zugrunde zu legen. Übergangsvorschriften sind **nicht** zu prüfen.

Anlagen:

- **Auszug aus dem Bestattungsgesetz (BestG) des Landes Rheinland-Pfalz**
- **Kalender 2008**

Auszug aus dem Bestattungsgesetz (BestG)

Zweiter Abschnitt Bestattungswesen

§ 8 Bestattung

(1) Die Würde des Toten und das sittliche Empfinden der Allgemeinheit sind zu achten.

(2) Jede Leiche muss bestattet werden. Auf ein tot geborenes oder in der Geburt verstorbenes Kind finden die Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechende Anwendung, wenn das Gewicht des Kindes mindestens 500 Gramm beträgt. Beträgt das Gewicht weniger als 500 Gramm (Fehlgeburt), so ist eine Bestattung zu genehmigen, wenn ein Elternteil dies beantragt.

(3) Für Ort, Art und Durchführung der Bestattung ist der Wille des Verstorbenen maßgebend, soweit gesetzliche Bestimmungen oder zwingende öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Bei Verstorbenen, die geschäftsunfähig waren oder das 14. Lebensjahr nicht vollendet hatten oder deren Wille nicht bekannt ist, ist der Wille der nach § 9 Abs. 1 Satz 2 Verantwortlichen maßgebend.

(4) Die Bestattung kann als Erd- oder Feuerbestattung vorgenommen werden. Erdbestattung ist die Bestattung einer Leiche in einem Sarg in einer Grabstätte. Feuerbestattung ist die Einäscherung einer Leiche und die Beisetzung der Asche in einer Grabstätte. Der Träger des Bestattungsplatzes kann auch eine Erdbestattung oder eine Beisetzung der Asche in ober- oder unterirdischen Grabkammern, Totenhäusern, Gräften, Urnenwänden oder ähnlichen Einrichtungen vorsehen.

(5) Eine Bestattung bedarf der schriftlichen Genehmigung durch die örtliche Ordnungsbehörde des Bestattungsortes. Für die Feuerbestattung ist das Benehmen mit der örtlichen Ordnungsbehörde des Einäscherungsortes herzustellen; darüber hinaus ist durch eine besondere amtliche Leichenschau, die bei ungeklärter Todesart auch die innere Leichenschau umfasst, festzustellen, dass keine Bedenken gegen die Einäscherung bestehen.

§ 9 Verantwortlichkeit

(1) Für die Erfüllung der aufgrund dieses Gesetzes bestehenden Verpflichtungen ist der Erbe verantwortlich. Soweit ein Erbe nicht rechtzeitig zu ermitteln ist oder aus anderen Gründen nicht oder nicht rechtzeitig in Anspruch genommen werden kann, sind die folgenden Personen in der angegebenen Reihenfolge verantwortlich, sofern sie voll geschäftsfähig sind:

1. der Ehegatte,
2. die Kinder,
3. die Eltern,
4. der sonstige Sorgeberechtigte,
5. die Geschwister,

6. die Großeltern,
7. die Enkelkinder.

Abweichende Verantwortlichkeiten nach diesem Gesetz bleiben unberührt.

(2) Ein Bestattungsunternehmer oder ein Dritter ist im Rahmen übernommener Verpflichtungen verantwortlich.

(3) Die Verantwortlichkeiten nach dem Polizei- und Ordnungsbehördengesetz bleiben unberührt.

§ 15

Warte- und Bestattungsfrist

(1) Eine Leiche darf frühestens 48 Stunden nach Eintritt des Todes bestattet werden. Die Erdbestattung oder Einäscherung muss innerhalb von sieben Tagen nach Eintritt des Todes erfolgen.

(2) Die örtliche Ordnungsbehörde des Bestattungsortes kann die Bestattung vor Ablauf der in Absatz 1 Satz 1 bestimmten Frist anordnen, wenn gesundheitliche Gefahren zu befürchten sind; die Frist nach Absatz 1 Satz 2 kann verlängert werden, wenn gesundheitliche und hygienische Bedenken nicht bestehen.

Kalender 2008

Januar							Februar							März												
Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So						
1		1	2	3	4	5	6	5				1	2	3	9					1	2					
2		7	8	9	10	11	12	13	6		4	5	6	7	8	9	10	10		3	4	5	6	7	8	9
3		14	15	16	17	18	19	20	7		11	12	13	14	15	16	17	11		10	11	12	13	14	15	16
4		21	22	23	24	25	26	27	8		18	19	20	21	22	23	24	12		17	18	19	20	21	22	23
5		28	29	30	31				9		25	25	27	28	29			13		24	25	26	27	28	29	30
																		14		31						
April							Mai							Juni												
Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So						
14		1	2	3	4	5	6	18			1	2	3	4	22											1
15		7	8	9	10	11	12	13	19		5	6	7	8	9	10	11	23		2	3	4	5	6	7	8
16		14	15	16	17	18	19	20	20		12	13	14	15	16	17	18	24		9	10	11	12	13	14	15
17		21	22	23	24	25	26	27	21		19	20	21	22	23	24	25	25		16	17	18	19	20	21	22
18		28	29	30					22		26	27	28	29	30	31		26		23	24	25	26	27	28	29
																		27		30						
Juli							August							September												
Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So						
27		1	2	3	4	5	6	31				1	2	3	36		1	2	3	4	5	6	7			
28		7	8	9	10	11	12	13	32		4	5	6	7	8	9	10	37		8	9	10	11	12	13	14
29		14	15	16	17	18	19	20	33		11	12	13	14	15	16	17	38		15	16	17	18	19	20	21
30		21	22	23	24	25	26	27	34		18	19	20	21	22	23	24	39		22	23	24	25	26	27	28
31		28	29	30	31				35		25	26	27	28	29	30	31	40		29	30					
Oktober							November							Dezember												
Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So						
40			1	2	3	4	5	44					1	2	49		1	2	3	4	5	6	7			
41		6	7	8	9	10	11	12	45		3	4	5	6	7	8	9	50		8	9	10	11	12	13	14
42		13	14	15	16	17	18	19	46		10	11	12	13	14	15	16	51		15	16	17	18	19	20	21
43		20	21	22	23	24	25	26	47		17	18	19	20	21	22	23	52		22	23	24	25	26	27	28
44		27	28	29	30	31			48		24	25	26	27	28	29	30	1		29	30	31				

Fest- und Feiertage 2008:

01.01.	Neujahr	11./12.05.	Pfingsten
21.03.	Karfreitag	22.05.	Fronleichnam
23./24.03.	Ostern	03.10.	Tag der Deutschen Einheit
01.05.	Maifeiertag	01.11.	Allerheiligen
01.05.	Christi Himmelfahrt	25./26.12.	Weihnachten